



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Gladstones Programm und Erfolge.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Gladstones Programm und Erfolge.



or einigen Wochen, kurz nach der Thronbesteigung des jetzigen russischen Kaisers, schrieben wir: „Kronprinzen verbreiten häufig um sich den Ruf, entgegengesetzter politischer Meinung zu sein als der Throninhaber, namentlich liberal zu sein, wenn dieser konservativ, oder sehr liberal zu sein, wenn dieser es nur mäßig ist.

Kommen sie dann zur Gewalt und mit ihr zur Verantwortlichkeit für ihre Entscheidung und Richtung, so treten sie aus der Theorie, wenn sie ihr überhaupt im Ernste gehuldigt haben, in die Praxis und vor die Welt der Thatfachen, und hier geben nicht Belleitäten, sondern die Umstände, die Verhältnisse den Ausschlag.“

Ähnliches gilt von populären Politikern, die nach der Stelle am Ruder des Staates trachten, oder denen man diese Stelle von Seiten ihrer Partei wünscht und mit mehr oder weniger Recht voraussagt. Ihr Streben hat Erfolg, weil sie sich die Macht zu verschaffen verstanden haben, welche in parlamentarisch regierten Staaten in der öffentlichen Meinung liegt, der Wunsch und die Weissagung erfüllen sich, der Parteiführer wird Premierminister oder Präsident, und was sehen wir nun? In der Regel ist der Gang der Dinge folgender: Der strebsame Politiker, welcher die Macht gewonnen hatte, die bisherige Regierung zum Rücktritte zu zwingen, ist, indem er deren Stelle einnimmt, sofort insofern weniger mächtig geworden, als er nun für das, was er beabsichtigt, die Verantwortlichkeit zu tragen hat; er muß mit den Thatfachen rechnen, sich vor ihnen beschränken, sich in den Zwang der Verhältnisse fügen und häufig daselbe thun, was er, als er noch Oppositionsmann, noch Kritiker war, herb

und schroff verurtheilte. Nur ein Genie darf anders verfahren. Bloße Talente erleben, wenn sie das wagen, allerlei Mißgeschick und Enttäuschung und, wenn sie nicht noch zu rechter Zeit einlenken, über kurz oder lang einen schweren Fall, nachdem unter allen Umständen auch die Partei, die sie vertreten, bisweilen auch das Ansehen und Interesse des Landes, das sie regieren, von ihrem Irrthum empfindlichen Schaden gehabt hat. Agitiren ist viel leichter als Regieren, Bessermachen schwerer als Tadeln.

Ein Beispiel hiervon, und zwar ein sehr bezeichnendes und lehrreiches, ist der Politiker, der jetzt an der Spitze der Regierung Ihrer britischen Majestät, der Königin Victoria steht. 1874 von der Führung der liberalen Partei zurückgetreten, empfand er schon drei Jahre später von neuem das lebhafteste Bedürfniß, seine politischen Ansichten und Absichten als Minister zur Geltung zu bringen, und bald entwickelte er in Folge dessen als Publicist und Redner einen solchen Eifer in der Bekämpfung des conservativen Cabinets, daß ihm der Sturz desselben gelang und er nun zur Ausführung des von ihm als Oppositionsmann aufgestellten Programms freie Bahn vor sich sah. Untersuchen wir in der Kürze, was er auf diesem Wege versucht und was er erreicht hat, vergleichen wir, namentlich hinsichtlich seiner auswärtigen Politik, sein Wollen mit seinem Vollbringen.

In betreff der innern Fragen sah er sich, als er die Erbschaft des Cabinets Beaconsfields angetreten, vor eine Aufgabe gestellt, die außerordentlich schwer zu bewältigen war. Es galt die endliche Befriedigung und Beruhigung des von England arg beeinträchtigten, unaufhörlich gährenden und von doppelter Agitation in allen seinen Schichten tief aufgeregten irischen Volkes. Die Regierung, die ihm vorangegangen, hatte gegen diese Aufregung nur Repressivmittel angewendet, die nach Lage der Dinge nur oberflächlich und temporär helfen konnten. Gladstone hatte in seinen Reden während der letzten Wahlcampagne versprochen, andre Wege einzuschlagen, und sich dadurch die Gunst der Irländer gewonnen, die bei der Entscheidung beitrug, die Schale für ihn sinken zu machen. Zur Gewalt gelangt, versuchte er seine Zusagen zu erfüllen, indem er zunächst die Zwangsmaßregeln, welche die Beaconsfieldsche Friedensbewahrungsacte über Irland verhängt hatte, und deren Geltung im August v. J. ablief, nicht erneuern ließ, sodann aber eine Landbill einbrachte, welche das Loos der irischen Pächter zu bessern bestimmt war.

In ersterer Beziehung erfreute er sich keines Erfolges; denn nach Aufhören des Zwanges verdoppelte sich die Agitation, aufrührerische Volksversammlungen, Bedrohungen der Gutsherren, Pachtverweigerungen, Eigenthumsbeschädigungen, Verstümmelungen und Mordthaten gehörten zur Tagesordnung, und der Terroris-

mus der Landliga und der geheimen agrarischen Gesellschaften wurde zuletzt so unerträglich, daß Gladstone im Unterhause ein Gesetz vorzuschlagen genöthigt war, welches weit härtere Bestimmungen enthielt als die genannte Acte seiner Vorgänger. Dazu kam, daß der Minister den hartnäckigen Widerstand, den die irischen Mitglieder des Hauses der Bill entgegensetzten, nur dadurch zu brechen vermochte, daß er, der Liberale, die Volksvertretung veranlaßte, sich einer Dictatur des Sprechers zu unterwerfen, wie man sie vorher nicht erlebt hatte.

Viel schwieriger waren die Uebelstände zu beseitigen, welche Gladstone zur Einbringung seiner Landbill bewogen. Es hieß hier Zustände bessern, wie sie unsers Wissens seit Anfang dieses Jahrhunderts westlich von der russischen Grenze nirgends mehr bestanden, ja wie sie wenigstens in Deutschland selbst früher kaum annähernd so unnatürlich existirt hatten. Es handelte sich nicht wie bei den Stein-Hardenbergischen Reformen des ersten Jahrzehnts unsers Säculums um die Aufhebung der Erbunterthänigkeit und die Umwandlung eines erblichen Nutzungsrechtes am Grund und Boden in freies Eigenthum. Eher ließen sich die hier in Betracht kommenden Verhältnisse mit den Zuständen vergleichen, welche sich im siebzehnten Jahrhundert und bis zur Mitte des achtzehnten in einigen deutschen Ländern entwickeln wollten, als die Rittergutsbesitzer mit dem „Lehen“ der Bauernstellen, d. h. der Einverleibung der Letztern in den Complex des Ritterguts begannen. Doch hatte es dort immerhin eine Entschädigung gegeben, wenn auch eine unzureichende. In Irland galt es, vielhundertjähriges, zum Theil bis in die Zeit der Eroberung zurückreichendes und den größten Theil des Landes, namentlich fast den ganzen Süden und Westen des Landes umfassendes Unrecht wieder gut zu machen, eine dreimal wiederholte Veraubung des irischen Volkes um das ererbte Grundeigenthum. Die Beschlagnahme war meist ohne gesetzlichen Grund, mit Bruch von Verträgen von Seiten Englands erfolgt; die jetzigen Landherren waren aber bei weitem zum größten Theil durch Kauf und Wiederkauf im rechtlichen Besitze des Landes, das Object der ehemaligen Confiscationen war so ungeheuer, daß eine Ablösung und eine Restitution des Raubes an die in Zeitpächter verwandelten Urenkel der ehemaligen Eigenthümer Summen erfordert hätte, die selbst das reiche England kaum zu erschwingen imstande gewesen wäre, und so war nur an eine Milderung zu denken.

Eine solche Milderung liegt jetzt dem britischen Unterhause in der von Gladstone entworfenen irischen Landbill zur Entscheidung vor. Dieselbe gewährt zwar die Forderungen, welche die Landliga aufgestellt hat und festhält, nicht unbedingt, kommt ihnen aber auf halbem Wege entgegen. Letztere verlangt Feststellung des Pachtzinses für alle Zeit und Unvertreibbarkeit des Pächters von seiner Stelle. Gladstones Gesetzesentwurf dagegen schlägt vor, den Pachtzins für einen Zeitraum

von fünfzehn Jahren festzustellen, falls der Pächter einen solchen Vertrag beansprucht — eine Zeitbeschränkung, gegen die sich billigerweise nichts einwenden läßt, zumal da sie, weil das Land im Preise ebensowohl fallen als steigen kann, so gut wie dem Eigenthümer auch dem Pächter zu gute kommt. Sodann räumt das Gesetz dem letztern ein beschränktes Eigenthumsrecht ein, indem es bestimmt, daß derselbe während jener fünfzehnjährigen Pachtperiode nur dann von Haus und Hof entfernt werden darf, wenn er sich die Verletzung gewisser gesetzlicher Vorschriften zu Schulden kommen läßt. Das freie Verkaufsrecht, welches die Liga der Landreformer auf ihr Programm geschrieben hat, wird von Gladstone allerdings nicht bewilligt. Es bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Besitzers, aber das Gesetz verleiht, für den Fall, daß dieser sich weigert, dem Pächter die Befugniß, bei dem für diesen Zweck besonders errichteten Gerichtshofe Beschwerde zu führen, und dessen Entscheidung soll endgiltig sein. Die Bill kommt den Beschwerden der Irländer noch in einem andern wichtigen Punkte entgegen, indem sie will, daß den Pächtern bei allen noch schwebenden Exmissionsprocessen die Wohlthaten des neuen Gesetzes zu statten kommen sollen. Endlich stellt sie den Pächtern Vorschüsse aus dem Staatsschatze in Aussicht.

Diese Vorschläge verdienen alles Lob, und wenn sie beide Häuser der britischen Gesetzgebung passiren und in Kraft treten, so wird ihr Urheber mit Recht sagen können, eine große und werthvolle Reform zustande gebracht zu haben. Die Landliga freilich ist mit ihnen nur theilweise befriedigt, eine Fraction ist geneigt, sie anzunehmen, die Mehrzahl dagegen besteht, wie es scheint, auf den alten Forderungen der Genossenschaft. Völlig sicher ist es ferner in dem Augenblicke, wo wir dies schreiben, nicht, ob das Unterhaus die Bill unverändert gutheißen wird, und daß dies von seiten der Lords geschehen werde, ist sogar äußerst zweifelhaft. Geht der Gladstone'sche Gesetzesentwurf doch selbst dem rechten Flügel der Whigs zu weit, wie man daraus erkennt, daß der Herzog von Argyll wegen der Bill aus dem Ministerium geschieden ist. Die großen Londoner Blätter, von denen freilich einige gleich von Anfang an im Fahrwasser Gladstones segelten, andre, wie die „Times“, bald in dasselbe einlenkten, wieder andre, wie der „Daily Telegraph“, nachfolgten, sind getheilter Ansicht. „Daily News“ erblickte im Rücktritte des Herzogs von Argyll einen Beweis, daß die von ihm gemißbilligten Vorschläge Gladstones gründlichen Maßregeln entsprächen, und behauptete, daß sie viel zur Herstellung fester Pachtverhältnisse beitragen würden; die liberale Partei des Unterhauses hoffe auf den Erfolg eines Vorgehens, welches ohne Uebertreibung Aussicht auf Lösung der irischen Landfrage mindestens für ein Menschenalter biete. Die „Times“ begrüßten die Landbill als ein bewundernswerthes Beispiel wohlgedachter Gesetzgebung. Der allgemeine Eindruck auf

rechtlich denkende Leute sei der, daß, wenn die Maßregel in der Gestalt durchginge, in der sie Gladstone vorgeschlagen, dieselbe einerseits den Landherren in Irland keinen wesentlichen Grund zu Beschwerden darbiete, andererseits alle begründeten Ansprüche, die zu Gunsten des irischen Landvolks erhoben werden könnten, befriedigen werde. Nach dem „Standard“ dagegen entspricht die Rede, mit der Gladstone seine Bill im Unterhause empfahl, der Gelegenheit nicht recht, und was deren Vorschläge angeht, so müssen dieselben nach diesem Hauptblatte der Conservativen sowohl aus politischen wie aus wirthschaftlichen Gründen der eingehendsten Kritik unterzogen und bedeutend beschränkt und umgestaltet werden.

Ist nach dem gesagten in der großen innern Frage ein Erfolg Gladstones nicht ausgeschlossen, ja nicht unwahrscheinlich, so steht es mit den auswärtigen Fragen, an deren Lösung sich der alte Herr gemacht hat, nicht so gut und zum großen Theil sogar recht unerfreulich für ihn und England. In seinen Wahlreden verworf er die „wissenschaftliche Grenze“ in Indien, und als Minister hat er sie in der That aufgegeben. Wird hier erst die Zukunft zeigen, ob er damit dem von Norden drohenden Unheil Thür und Thor geöffnet, wie die Partei seines Vorgängers behauptet, so hatte Gladstone in Südafrika ganz entschieden Unglück mit seinem Verfahren. Mit Entschiedenheit hatte er als unverantwortlicher liberaler Agitator die Politik verdammt, welche das Transvaalaland den britischen Besitzungen einverleibt. Als aber die Bewohner desselben, die Boers, ihn, der inzwischen Ministerpräsident geworden, an dieses Urtheil erinnerten und darauf hin Zurücknahme der Annexion und die alte Freiheit verlangten, bekam er ein andres Gesicht und schlug die Forderung ab; denn er war eben verantwortlich geworden und fühlte das Interesse und Ansehen Großbritanniens stärker als zuvor. Die Boers griffen darauf zur Gewalt, und das mächtige England erlitt vor ihnen eine beschämende Niederlage, der bald nachher zwei andre folgten. Es wiederholte sich im kleinen, was 1811 Bakenham mit seinen Veteranen des Halbinselkrieges vor den Baumwollack-Barrikaden Jacksons bei Neworleans erfahren. Ein kleines Volk ohne Kanonen, aber mit geübten Scharfschützen trotzte den britischen Regimentern, und angesichts eines drohenden Aufstandes aller holländischen Elemente in den Capländern gewährte man den Siegern jetzt im wesentlichen, was man ihnen verweigert, und schuf damit einen Präcedenzfall für die Zukunft.

Raum weniger unglücklich war Gladstone in der Politik, die er in betreff der Balkanländer inaugurierte. Nach seinen Wahlreden schwebte ihm hier die Befreiung der interessanten kleinen Nationalitäten, die dort haufen, und die Vertreibung der Türken „mit Sack und Pack“ aus Europa nach Asien vor. Wie die Bulgaren und Montenegriner als Christen, so sollten die Griechen als das Volk Homers zu ihrem vollen Rechte kommen. Und was er als Agitator ver-

sprochen, das versuchte er gegen das augenscheinliche Interesse Englands und gegen den ebenso augenscheinlichen Willen großer festländischer Mächte als echter Doctrinär auszuführen. Was er damit erreichte, möge ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung dieser Velleitäten zeigen. Die Moral davon wird sein, daß der Einfluß Englands auf die europäischen Dinge seit dem Rücktritte Beaconsfields in falscher Richtung verwendet worden ist, und daß er sich infolge dessen wesentlich vermindert hat.

Der Beginn dieser Verminderung datirt von dem Tage an, wo Gladstone 1876 die von den Tscherkessen und Baschibozuks des Sultans in Bulgarien verübten Greuelthaten für seine Politik ausbeutete. Denn was er gegen die Türken sagte, war auch, da diese Englands beste und sicherste Verbündete in den Mittelmeerländern waren, gegen England gesagt. Die Pforte war in dem überlieferten politischen Systeme der britischen auswärtigen Action ein Factor ersten Ranges. Gladstone mißachtete diese Tradition. Ihm stand die Freiheit und das Wohlergehen der Serben und Bulgaren, dieser Verbündeten des russischen Nebenbuhlers Englands, höher als sie. Beaconsfield rettete vom Einflusse des letztern auf die Geschicke der östlichen Mittelmeerländer, was sich nach dem Kriege von 1877 retten ließ, und er hätte, wenn er am Ruder geblieben wäre, im Anschlusse an das deutsch-österreichische Bündniß den 1878 hergestellten Stand der Dinge erhalten helfen. Aber Gladstones Agitation trieb die Conservativen aus dem Amte, und nun sollte das Programm, das er in Midlothian skizzirt hatte, seiner Verwirklichung entgegengeführt werden. Die Anlehnung an Deutschland und Oesterreich-Ungarn wurde verworfen, die orientalische Frage durch ein Rundschreiben zu neuem Leben erweckt, und ein paar Wochen später war die englische Politik vollständig auf den Kopf gestellt. Man wußte auswärts kaum mehr, was man von ihr denken sollte, jedenfalls war sie unberechenbar und unzuverlässig geworden. Niemand wurde dadurch gewonnen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn sahen sich von ihr geschieden, Rußland konnte nicht recht trauen, Frankreich eben so wenig, es wandte sich im stillen mehr und mehr von dem unsichern Freunde ab, und in demselben Maße begann es Vertrauen zu fassen zu Mächten, die ihm bisher als Feinde erschienen waren.

Etwas mehr als ein Jahr ist vergangen, seit Gladstone unter dem Vorwande, eine vollständige und unverzügliche Verwirklichung des Berliner Vertrags zu bezwecken, seine Manöver begann gegen das, was sein Amtsvorgänger im Verein mit den Vertretern der übrigen westlichen Mächte im europäischen Südosten geschaffen. Die montenegrinische und die griechische Grenzfrage sowie die Frage in betreff der Reformen in Armenien sollten mit einem Schlage gelöst werden, wenn nicht mit der Pforte, dann gegen sie, wenn nicht auf dem Boden

des dem neuen englischen Premier im Grunde verhaßten Berliner Vertrags, dann mit Erweiterung desselben, und zu diesem Unternehmen wurden nicht nur Frankreich und Italien, sondern im stillen auch Rußland eingeladen. Die Erfolge dieser Politik aber waren für die Gladstonesche Politik mit ihren Hintergedanken wenig befriedigender Art. Die Frage wegen Dulcigno wurde gegen die Wünsche der englischen Regierung entschieden. Die Wiederholung der Flottendemonstration an der albanischen Küste vor Smyrna, bei der man in London vermuthlich an die Möglichkeit einer neuen Schlacht bei Navarino dachte, fiel ins Wasser. Die von der Berliner Conferenz im Juni v. J. auf den Vorschlag Englands und Frankreichs beschlossene authentische Interpretation des 24. Artikels des Berliner Vertrags wegen der Berichtigung der Nordgrenze Griechenlands, nach welcher letzteres Thessalien und Epirus mit Janina und Prevesa erhalten sollte, ist in aller Form und mit nothgedrungener Einwilligung Englands ad acta gelegt worden, und das Berliner Protokoll vom 1. Juli 1880 hat nur noch historische Bedeutung. Der Verzicht auf dessen Bestimmungen war eine schwere Niederlage für die englische Politik, die bis zuletzt das Cabinet in Athen in dem Glauben, man werde britischerseits eine Occupation der in Berlin den Griechen zugesprochenen Landstriche unterstützen, bestärkt und erhalten und dadurch die kriegerische Haltung der hellenischen Regierung hervorgerufen hatte, und die sich nun, von ihren Bundesgenossen verlassen, zur Abkehr von dem bisherigen Wege genöthigt sah. Daß das von Frankreich erstrebte und erreichte Protectorat über Tunis während des Gladstoneschen Regiments ins Leben trat, ist in den Augen der öffentlichen Meinung Englands schließlich auch keine Empfehlung jenes Regiments, obwohl letzteres daran weniger Schuld hat als das im vorigen Jahre gestürzte Cabinet, welches 1878 die Franzosen geradezu zu diesem Unternehmen ermunterte (Salisbury's Depesche an Waddington) und sie durch die Besiznahme Cyperns (wir sagen Besiznahme, obwohl das Kind einen andern Namen hat) bewegen mußte, sich im Mittelmeer nach einem Object umzusehen, das jene Position aufzuwiegen geeignet war.

Vor kurzem brachte der „Hamburger Correspondent“ eine Correspondenz aus England, die sich sehr ungünstig über die Leistungen Gladstones seit seinem Wiedereintritt ins Amt und über die Stimmung äußerte, die er dadurch in weiten Kreisen hervorgerufen habe. Es hieß darin u. a.:

„In den höhern Kreisen der Gesellschaft, ob sie nun der Tory- oder Whigpartei angehören, herrscht allgemein (?) die Meinung, daß die gegenwärtige Verwaltung die unglücklichste, wenn nicht die unfähigste ist, welche seit vielen Jahren das britische Reich regiert hat. Seit dem Augenblicke der Rückkehr Mr. Gladstones zum Amte hat sich alles (?) gegen ihn gewandt, theils in Folge seiner eignen unvorsichtigen Reden, theils aus übermäßigem Vertrauen zur Sache der Liberalen

(dunkel ist hier der Rede Sinn), theils endlich wegen entschiedener Mißgriffe, so daß nach weniger als zwölf Monaten sich kurz folgende Resultate ergaben: Irland in einem Zustande der Aufregung und Anarchie, Transvaal im Aufruhr, das Unterhaus unlenkbar, die griechische Frage entgegen den Anstrengungen des englischen Premiers gelöst, die auswärtigen Mächte entfremdet, die Armee durch kleinliche Bewilligungen und schädliche Reformen gereizt und die commerciellen Interessen des Landes durch die überhandnehmende Schutzoll-Politik der übrigen Welt bedroht. Nichts scheint zur Vervollständigung dieser Complication von Unfällen und Verlegenheiten zu fehlen als ein auswärtiger Zwist, und es ist nicht unmöglich, daß ein solcher zu dem übrigen hinzutritt; denn der neueste Angriff Frankreichs auf Tunis und der bevorstehende Zusammenbruch des englisch-französischen Handelsvertrags werden die freundlichen Beziehungen wesentlich beeinträchtigen, welche so lange zwischen Großbritannien und Frankreich bestanden haben, und welche selbst durch Kriege und Revolutionen nicht erschüttert wurden. Die unabhängigen Whigs sind noch mehr als die Tories gegen die Regierung erbittert, obwohl viele ihrer eignen Führer noch an derselben theilnehmen. Aber sie fühlen die Gefahr und die Schande der Verletzung derjenigen Grundsätze der Nationalökonomie und des Völkerrechts schmerzlich, welchen die Whigpartei ihrer Ueberlieferung gemäß huldigt."

An diesem Berichte ist, wie wir durch Fragezeichen andeuteten, einiges übertrieben. Namentlich ist die Partei Gladstones, wenn die „Times“ noch in dessen Horn bläst, die genau zu wissen pflegt, ob ein Ministerium bei der öffentlichen Meinung noch in gutem Geruche steht, sicher noch nicht so geschmolzen, wie der Correspondent wissen will. Ueber Tunis wird man sich nicht, wenigstens jetzt nicht, entzweien, wenn es auch ohne Zweifel verstimmt hat. Die Schande des Völkerrechtsbruchs endlich ist weder von den Whigs noch von den Tories jemals so lebhaft empfunden worden, wie hier behauptet wird, besonders aber dann nicht, wenn England dabei Vortheile hatte, und übrigens wüßten wir nicht, wo eine solche Verletzung des internationalen Rechtes jetzt vorläge. Im übrigen aber enthält der Artikel gewiß wahres. Namentlich wird die bevorstehende Aufhebung des Handelsvertrags mit Frankreich unter den englischen Kaufleuten und Fabrikanten viel böses Blut machen, aber Frankreich wird sich daran nicht kehren, sondern thun und lassen, was ihm nützlich scheint.

In der dritten Maiwoche wurde dem Unterhause der diplomatische Schriftenwechsel betreffs der Promulgirung des neuen französischen Generaltarifs und des Ablaufs der zwischen Frankreich und England gegenwärtig bestehenden Handelsverträge vorgelegt. In einer vom 10. Mai datirten Note Granvilles an den französischen Botschafter in London, Challemel-Lacour, bestätigt jener den Empfang von dessen Note vom 8., welche die Veröffentlichung des neuen französischen Generaltarifs gemeldet und der Thatfache Erwähnung gethan, daß die zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossenen Handelsverträge nach Verlauf von sechs Monaten ungiltig sein würden. Granville hebt darauf hervor, daß die

Note des französischen Botschafters die Unterhandlungen wegen Abschlußes eines neuen Handelsvertrags nicht erwähne. Die Regierung Ihrer Majestät der Königin habe bis jetzt keine klare Darlegung über die Absichten der französischen Regierung in bezug auf jene Unterhandlungen erhalten, während die französische Regierung, wie bekannt, die bestehenden Verträge, unter deren Einflusse die Handels- und Freundschaftsbeziehungen der beiden Länder erheblich gefördert worden seien, gekündigt habe. Die britische Regierung glaube, daß es unter den obwaltenden Umständen Sache der französischen sei, die Grundlagen eines neuen Handelsvertrags in Vorschlag zu bringen. Granville führt sodann die im verfloßnen Jahre von Leon Say vorgeschlagenen Grundlagen eines solchen an und bemerkt, daß dieselben in England große Befriedigung hervorgerufen hätten. Darauf spricht er die Hoffnung aus, daß die gegen die gänzliche Aufhebung der Werthzölle vorgebrachten Einwendungen gründlicher Erwägung unterzogen werden würden, und daß Frankreich wirklich die Absicht habe, den Status quo in betreff der streitigen Nebenpunkte der Zölle aufrecht zu erhalten. Schließlich erklärt der britische Minister des Auswärtigen, daß man englischerseits bereit sei, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen, und fragt an, ob dieselben in London oder Paris stattfinden sollen. Die Correspondenz endigt mit nachstehender Depesche Granvilles an Lord Lyons, den britischen Botschafter beim Präsidenten der französischen Republik:

„Auswärtiges Amt, 11. Mai. Mylord, Herr Challemel-Lacour machte mir heute seine Aufwartung und sagte, er habe meine Note vom 10. d. M. bezüglich der Unterhandlungen wegen des Abschlußes eines neuen Handelsvertrags mit Frankreich erhalten und keine Zeit verloren, dieselbe seiner Regierung zu überfenden, und er befinde sich mit mir insofern in voller Uebereinstimmung, als auch er glaube, daß ohne Verzug Schritte zum Beginn solcher Unterhandlungen gethan werden müßten. Fernerhin bemerkte Se. Excellenz, er sei der Meinung, daß in England unnöthige Aufregung in betreff der Veränderungen in den französischen Eingangszöllen im Zusammenhange mit dem neuen Generaltarife herrsche. Er wiederholte, daß es die Absicht der französischen Regierung sei, die Werthzölle abzuschaffen, aber daß sie den Wunsch und die Absicht hege, dieselben durch den richtigen äquivalenten Betrag in specifischen Abgaben zu ersetzen. Ich sagte, ich hätte stets gehofft, daß die französische Regierung in der Durchführung der Verwandlung der Werthzölle in specifische Abgaben nicht darnach trachten werde, den Betrag, zu dem jene geschätzt worden, zu erhöhen, und daß ich mich sehr freue, die von Sr. Excellenz ertheilte Versicherung entgegenzunehmen. Es würde diesem Lande (d. h. England) zu großer Befriedigung gereichen, zu erfahren, ob die französische Regierung in Wirklichkeit von dem Status quo nicht abzuweichen beabsichtigt.“

Aus dem Diplomatischen übersetzt heißt das: 1) England liegt sehr viel an einem neuen Handelsvertrage mit Frankreich, der von dem alten möglichst wenig verschieden ist, und 2) Granville ist keineswegs darüber beruhigt, daß es einen solchen erhalten wird. Dies geht noch deutlicher aus folgendem hervor. Um

die Mitte des vorigen Monats hatte Forster, der Staatssecretär für Irland, eine Unterredung mit den Mitgliedern der Bradforder Handelskammer, die über die commerciellen Beziehungen zu Frankreich aufgeklärt zu werden gebeten hatten. Nachdem die Herren dem Staatssecretär vorgestellt hatten, daß kein „rückschrittlicher,“ d. h. kein schutzöllnerischer Vertrag mit den Franzosen abgeschlossen werden sollte, erklärte derselbe, daß der englische Handel sich unzweifelhaft in übler Lage befinde. Die vorläufigen Besprechungen über den französischen Vertrag dürften indeß nicht als officiële Unterhandlungen angesehen werden. Man müsse in energischer Weise (wie?) jedem Versuche einer Erhöhung der Tarife entgegentreten; überdies würde es kein freundlicher Act einer befreundeten Regierung sein, auf höhere Zölle zurückzukommen, ein höchst unfreundlicher Act aber und allen Versicherungen der französischen Regierung zuwider würde es sein, wenn dies in verstärkter Weise geschehen sollte. Er glaube nicht, daß die französische Regierung diesen Standpunkt einnehme. Vielleicht seien ungenaue Aufschlüsse ertheilt worden. Allein man könne darauf bestehen, daß die französische Regierung die englische Auffassung der Thatfachen anhöre; wenn dann die Wahrheit gesagt werde, so werde, wie er zuversichtlich hoffe, ein solcher Vorschlag zurückgezogen werden. Geschehe dies nicht, so sollte die englische Regierung erklären, lieber wolle sie gar keinen Vertrag; denn wenn an die Stelle der Werthzölle specificirte Abgaben treten sollten, so bedeute das die Rückkehr zu Schutzzöllen — was allerdings ungefähr richtig ist, die Franzosen aber nicht abhalten wird, derartige Schutzzölle einzuführen, falls sie es in ihrem Interesse finden. Die Welt ist nun einmal nicht geschaffen, um sich von den englischen Speculanten ausbeuten zu lassen.

In England freilich denkt man anders. Hier ist man viel erbitterter über den neuen französischen Zolltarif als über die Art, auf welche die Franzosen sich das Protectorat über Tunis verschafft haben. Jener schädigt in der That den englischen Geldsack mehr, als man einzugestehen für gut findet, und was auch für Entrüstung über den französischen Machtzuwachs am Mittelmeere zu Markte gebracht werden mag, ist nur Schein, hinter dem sich der Verdruß über den neuen Tarif der Franzosen verbirgt. Selbst mit einer französischen Colonie oder Provinz Tunis würde man sich zuletzt abfinden. Hat dies doch, wie schon gesagt, Salisbury bereits 1878 fertig gebracht. Aber mit einem 20- bis 120procentigen Zuschlage zu den Eingangszöllen auf englische Waaren, die nach Frankreich kommen, wird man sich nimmermehr befreundeten.

